



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/218 - 21. 9. 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 210 31-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Also doch Politik der Stärke?	S. 1
Das finnisch-russische Abkommen	S. 3
Hans Merten: Die Rückkehr der Kriegsgefangenen	S. 5
Zur kommenden Bundestagsdebatte	S. 7

Spiel mit dem Feuer

-t. Adenauers brüskes Bekenntnis zur Politik der Stärke hat im politischen Bonn nicht überrascht. Was der Kanzler am Dienstag vor der Auslandspresse verkündete, das hatte er, wenn auch nicht ganz so akzentuiert, bereits am Tage nach seiner Rückkehr aus Moskau in der Kabinettsitzung dargelegt. Es hat in Bonn auch nicht überrascht, dass Adenauer sich das Forum der Auslandsjournalisten ausgesucht hat, um seine unwandelbare Treue zu den Pariser Verträgen zu bekunden, denn er hat sich ja darüber hinaus die Mühe gemacht, in einer Sonderaudienz den amerikanischen Korrespondenten zu sagen, dass die Skepsis der US-Presse über das politische Ergebnis seiner Moskauer Gespräche völlig unbegründet sei. Ausserdem hat er sich beeilt, eine Erklärung für gewisse Äusserungen des Moskauer US-Botschafters Bohler zu geben, denn diese Äusserungen, die Adenauers Verhalten in Moskau einigermaßen hart charakterisierten, sind inzwischen nicht nur in den USA, sondern auch in Bonn bekannt geworden.

Am 10. September 1955 erklärte Bundesausserminister Dr. von Brentano in Moskau an die Adresse Bulganins: "Sie sprechen, Herr Ministerpräsident, mit berechtigter Ablehnung von einer Politik der Stärke. Der Herr Bundeskanzler hat schon darauf geantwortet, und ich will mich darauf beschränken, auch zu sagen, es gibt niemanden bei uns, der so vermessen oder so töricht wäre, eine Politik der Stärke zu fördern oder gar zu führen." Am 20. September 1955 erklärte der Bundes-

Kanzler in Bonn vor der Auslandspresse: "Was in Moskau geschehen ist, das ist nur eine neue Phase des Kalten Krieges. Der Westen muss deshalb nach innen und nach aussen stark bleiben". Und um diese von ihm neuerlich proklamierte Politik der Stärke zu unterstreichen, kündigte der Kanzler an, dass die zwölf westdeutschen Divisionen am 1. Januar 1959 voll ausgerüstet und kampfbereit zur Verfügung stehen würden.

Wenn der Kanzler es im Interesse seiner Bindung an die Pariser Verträge jetzt für notwendig hält, nach West und Ost zugleich unter Hinweis auf die ab 1. Januar 1959 einsatzbereiten zwölf Divisionen die Rolle eines Herolds der Politik der westlichen Stärke zu übernehmen, dann sind seine Gründe also klar erkennbar. Man wird diese Gründe, die in der Adenauerschen Aussenpolitik liegen, realistisch zur Kenntnis nehmen müssen, vor allem im Hinblick auf die bevorstehende aussenpolitische Debatte des Bundestages und auf die Ende Oktober beginnende Genfer Konferenz.

Eine andere Frage aber ist es, ob diese Gründe Adenauers und ob seine Aussenpolitik mit dem Interesse des deutschen Volkes und mit seinem Wiedervereinigungsziel vereinbar sind. Die Moskauer Verhandlungen haben gezeigt, dass die starre Vertragspolitik des Kanzlers die Wiedervereinigung nicht fördert. Die Erklärung des Kanzlers vor der Auslandspresse lässt befürchten, dass er nicht daran denkt und offensichtlich auch gar nicht daran gedacht hat, seine Politik der Stärke zu ändern oder auch nur zur Debatte zu stellen. Man wird also auch dieses Faktum zur Kenntnis nehmen müssen. Die Tatsache aber, dass Adenauer zum ersten Mal sein Bekenntnis zur Politik der Stärke mit dem Hinweis auf die Einsatzbereitschaft der westdeutschen NATO-Divisionen verknüpft, das allerdings müsste eigentlich das deutsche Volk aufhorchen lassen.

Porkkala frei - Moskaus Trumpf für die nächste Spiel-
runde in Genf

R.H. Stockholm

Was finnische Politiker noch vor wenigen Wochen kaum zu hoffen wagten, ist eingetroffen: die Sowjetunion löst nach elfjähriger Besetzung ihre Flottenbasis auf der finnischen Halbinsel Porkkala auf. Es ist Moskaus Beitrag zur Vertiefung der guten Nachbarbeziehungen zwischen Finnland und Sowjetunion und ein grosser Erfolg der finnischen Delegation. Gleichzeitig wurde beschlossen, den zwischen beiden Ländern bestehenden Freundschafts- und Beistandspakt um zwanzig Jahre zu verlängern. In dem abschliessenden Kommuniqué wurden die gegenseitige Respektierung der Unabhängigkeit und der weitere Ausbau der kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit hervorgehoben.

Die Räumung Porkkalas erfolgt drei Monate nach der Ratifizierung des Abkommens. Sie wird das finnische Volk aus einem Würgegriffe befreien, denn die sowjetische Militärbasis lag nur wenig über 15 Kilometer von Helsinki entfernt. Bei Westwind mahnte der Kanonendonner aus Porkkala die Bewohner der finnischen Hauptstadt immer wieder, dass sie im Schussbereiche einer Macht lebten, die im Laufe der Geschichte häufig Finnlands Freiheit bedroht hat.

Durch das sowjetische Pachtgebiet von Porkkala - die Pachtdauer war im Friedensvertrage mit 50 Jahren bemessen worden - führt die wichtigste Eisenbahnlinie Finnlands, die Helsinki mit Turku - schwedisch: Abo - der zweitgrössten Stadt des Landes, und mit dem Hafen Hangö verbindet, der im Winter für den Seeverkehr auch dann noch offen gehalten werden kann, wenn alle anderen Häfen vom Eise blockiert sind. Bis zum 28. Januar 1948 war die Strecke vollkommen abgesperrt. Seither müssen die Eisenbahnzüge durch das Pachtgebiet mit Sowjetlokomotiven fahren, was Zeitverluste verursacht; die Fenster der Personenwagen müssen mit Jalousien geschlossen sein, damit die Passagiere nicht hinaussehen können. - Ausserdem hatte die sowjetische Flottenbasis den küstennahen Seeweg nach Helsinki abgeriegelt und die Schifffahrt zu einem weiten Umwege zwölf Seemeilen südlich Porkkala gezwungen. Das wird nun alles anders werden.

Die 11.000 früheren Bewohner des Pachtgebietes, welche im Herbst 1944 binnen zehn Tagen ausgesiedelt werden mussten, werden zum gröss-

ten Teile in ihre Heimat zurückkehren. Sie gehören fast ausschliesslich der schwedischen Volksgruppe in Finnland an und werden viel Pionierarbeit zu leisten haben, denn für die Sowjetunion hatte das Pachtgebiet nur militärische und politische Bedeutung. Die mustergültigen Bauern- und Gutshöfe des Porkkala-Gebietes, das zu dem besten Agrarland Finnlands gehört, sind zum Teile verfallen, wertvolles Kulturland ist verwildert.

Die Sowjetunion erhält weder für die Rückgabe des Pachtgebietes, noch für die von den Russen errichteten Bauwerke, Hafen- und Flugplatzanlagen sowie Verkehrseinrichtungen eine Entschädigung. Trotzdem ist die Aufgabe Porkkalias für die Sowjetunion ein Gewinn. Infolge der Entwicklung der Raketenwaffe und der Radartechnik sowie infolge der Verschiebung russischer Stützpunkte bis zur Südküste der Ostsee hat Porkkala schon längst seinen militärischen Wert als Sperrriegel des Finnischen Meerbusens und damit als Vorwerk Leningrads eingebüsst. Durch die Räumung hat nun Moskau nicht nur sein Ansehen in Finnland verbessert, es hat auch eine Trumpfkarte für die nächste Spielrunde in Genf gewonnen, wo die Sowjetforderung nach Auflassung aller Militärbasen auf fremdem Staatsgebiete wieder auf der Tagesordnung steht. Die Sowjetpresse hat diese Trumpfkarte übrigens bereits in ihren ersten Kommentaren ausgespielt.

Die Presse Nordeuropas begrüsst natürlich die Freigabe Porkkalias. Sie registriert aber auch das selbst für finnische Besuche in Moskau ungewöhnlich freundschaftliche, mitunter ausgesprochen humorvolle Verhandlungsklima, das vor allem durch die unkonventionellen Äusserungen Chruschtschows bestimmt wird. Seine Äusserung gegenüber finnischen Delegationsmitgliedern: "Sie sollen nicht glauben, dass die Sowjetunion irgendwelchen Nutzen davon hätte, wenn sie Finnland einnehme; behandeln Sie nur Ihre eigenen inneren Angelegenheiten so, wie Sie selber wollen," wird gern als eine persönliche Unterstreichung des Kommuniqués vermerkt. Man vergleicht aber auch den finnischen Erfolg mit Adenauers Moskaubesuch, der infolge der einseitigen Festlegung der westdeutschen Politik von vornherein unter einem Unstern stand.

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen

Von Pfarrer a.D. Hans Werten MdB.

In der deutschen Öffentlichkeit hat sofort nach der Einladung Dr. Adenauers durch die Regierung der Sowjetunion eine lebhafte Diskussion darüber eingesetzt, ob nicht allein schon die Frage der deutschen Kriegsgefangenen es notwendig macht, diese Einladung anzunehmen. Die sowjetischen Noten haben sich niemals mit der Frage der Kriegsgefangenen befasst. Selbstverständlich aber war den sowjetischen Stellen bekannt, dass die Frage der Rückkehr der festgehaltenen Deutschen aus der Sowjetunion in Deutschland immer mit grosser Leidenschaft diskutiert worden ist.

Seit langer Zeit sind über diese Frage Besprechungen zwischen dem Deutschen und dem Sowjetischen Roten Kreuz im Gange. Dabei ist von deutscher Seite immer wieder betont worden, dass man die Kriegsgefangenenfrage als ein rein menschliches Problem ansehe, das nicht auf die Tagesordnung politischer Besprechungen gehöre. Die unverständliche Verzögerung der Reise des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes Dr. Waitz nach Moskau liess jedoch darauf schliessen, dass in sowjetischer Sicht die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen als politische Frage angesehen wird. Diese Auffassung hat sich bei den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bundesrepublik und den sowjetischen Stellen bewahrheitet. Nachdem Dr. Adenauer in seiner ersten Erklärung von den in der Sowjetunion zurückgehaltenen Personen gesprochen hatte, hat Bulganin verlangt, dass auch Vertreter Pankows an der Erörterung dieser Frage teilnehmen. Hier wurde die enge Verknüpfung politischer Zugeständnisse mit der Freilassung der Kriegsgefangenen offenbar.

Das Ehrenwort Bulganins

Man mag diese Tatsache bedauern, es blieb nichts anderes übrig, als nun auf diesem Wege weiterzugehen, nachdem die Frage in der politischen Diskussion angeschnitten war. Die deutsche Öffentlichkeit hätte sehr wenig Verständnis dafür aufgebracht, wenn man um der Wahrung politischer Grundsätze willen, sich nicht weiter um die Heimsendung der Kriegsgefangenen bemüht hätte. Die Verquickung politischer Entscheidungen mit dem Kriegsgefangenenproblem geht auch aus der Erklärung Dr. Adenauers vor der Abreise aus Moskau klar hervor. Die Entlassung der Kriegsgefangenen wird nämlich davon abhängig gemacht, dass zuvor die Vereinbarung über die Herstellung diplomatischer Beziehungen in Kraft getreten ist. Eine Woche später sollen die Entlassungen anlaufen. Diese mündliche Absprache, die durch das Ehrenwort Bulganins und Chruschtschows eine besondere feierliche Form erhielt, wird auch bei den Beratungen des Bundestages über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion eine gewichtige Rolle spielen.

Warnung vor übertriebenen Hoffnungen

Nach langer Zeit ist von sowjetischer Seite wieder einmal eine Zahl genannt worden. Bulganin sprach von 9 626 Kriegsverbrechern. Er übersah dabei, dass nach dem dritten Genfer Abkommen von 1949 verurteilte Kriegsgefangene auch nach ihrer Verurteilung Kriegsgefangene bleiben. Dieses Abkommen ist sowohl von der Sowjetunion als

21.9.1955

auch von der Bundesrepublik ratifiziert. Die von Bulganin genannte Zahl hat in weiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit Enttäuschung hervorgerufen, weil man mit weit höheren Zahlen gerechnet hat.

Wir haben an dieser Stelle wiederholt vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt. Tatsächlich entspricht die von Bulganin genannte Zahl ungefähr der Zahl von ehemaligen Wehrmachtsangehörigen, die heute mit ihren Familien in schriftlicher Verbindung stehen. In der Zeit von September 1953 bis zum Januar 1955 sind insgesamt 9 100 Kriegsgefangene aus der Sowjetunion entlassen worden. Dazu kommen noch ungefähr 1 700 verschleppte Zivilpersonen, die während dieser Zeit aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik entlassen wurden. Gerade die Gruppe der verschleppten Zivilpersonen ist in der sowjetischen Zahl nicht enthalten. Bulganin und Molotow erklärten, von diesen Personen nichts zu wissen. Ihre Zahl ist heute jedoch wesentlich höher als die Zahl der ehemaligen Wehrmachtsangehörigen.

Es bedarf nunmehr verstärkter Anstrengungen, um Zahl und Namen der aus den besetzten Ostgebieten verschleppten Zivilpersonen zu ermitteln. Nach den getroffenen Vereinbarungen ist dies die Voraussetzung dafür, dass die Sowjetunion auch sie in die Heimat zurückschickt.

Verhängnisvolle Sparsamkeit

In den vergangenen Jahren hat die SPD immer und immer wieder verlangt, dass die Mittel für den Suchdienst im Bundeshaushalt verstärkt werden, damit die Nachforschung auf diesem Gebiet intensiver betrieben werden kann als dies tatsächlich aus Mangel an Mitteln geschehen konnte. Weil die Forderungen des Suchdienstes nicht voll erfüllt worden sind, verzögert sich jetzt die Erstellung der Listen und damit die Heimkehr dieser verhältnismässig umfangreichen Personengruppe, deren Zahl in die Hunderttausende geht.

Es muss bei dieser Gelegenheit auch daran erinnert werden, dass mit der Heimkehr der 9 626 Kriegsgefangenen und der verschleppten Zivilpersonen noch nicht alle Probleme gelöst sind. Rund 90 000 ehemalige Soldaten haben aus der Kriegsgefangenschaft in die Heimat geschrieben oder sind in Kriegsgefangenenlagern von Heimkehrern gesehen worden. Dann aber kamen keine Nachrichten mehr, sie wurden auch nicht entlassen. Sie sind verschollen und es bedarf gründlichster Nachforschung über ihr Schicksal. Die Klärung des Verbleibs dieser Menschen erscheint uns ebenso dringend wie die Rückkehr der Kriegsgefangenen, weil die Familien der Verschollenen sämtlich aus der zermürbenden Unsicherheit befreit werden müssen, die über dem Schicksal der Verschollenen liegt. Dasselbe gilt für die Klärung der Vermisstenfälle, von denen weit über eine Million im Osten liegen. Auch hier muss der dringende Appell an die Sowjetunion gerichtet werden, ihre Mitarbeit zur Verfügung zu stellen.

Entlassungsvorbereitungen seit März

Seit März dieses Jahres wird in der Sowjetunion die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen vorbereitet. Ihre Verwirklichung wird bei den Kriegsgefangenen selbst und bei ihren Familien grosse Freude und in ganz Deutschland tiefe Befriedigung auslösen. Leider wird aber auch eine grosse Zahl von Hoffnungen enttäuscht werden, die sich auf die Rückkehr von Verschollenen, Vermissten und Zivilpersonen richtet. Es sind verstärkte Anstrengungen notwendig, um der Ungewissheit und Unsicherheit ein Ende zu machen.

Vor dem Ja des Bundestages

sp. Der Bundestag steht am kommenden Freitag vor einer Entscheidung, deren weitgehende, die Zukunft unseres Volkes belangende Konsequenzen niemand zu übersehen vermag. Die Sache der deutschen Einheit stand noch niemals so schlecht wie zu irgendeiner Zeit nach 1945. Es entspricht dem gegebenen Ernst der Situation, dass alle grossen Fraktionen des Bundestages ihre Stellungnahme zu der Moskauerreise mit ausserordentlicher Vorsicht und Zurückhaltung durcharbeiteten. Diese Freitagdebatte wird auch mehr als alle bisherigen ausserpolitischen Auseinandersetzungen das Ohr der Welt finden.

Die Entscheidung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion ist gefallen. Sie wird am Freitag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik zustimmen. Sie stimmt deshalb zu, weil für die Sozialdemokratie das oberste Gebot die Ausnutzung aller Chancen für die Wiederherstellung der deutschen Einheit ist. Diese Chancen sind durch die Adenauersche Vertragspolitik auf ein Mindestmass eingeschränkt worden. Sie legalisierte die Existenz zweier deutscher Staaten, sie bringt nur die Position Pankows stärker in das internationale Spiel, sie belastet den Weg zur Erfüllung des obersten Zieles der deutschen Politik mit neuen Hindernissen.

Die Sozialdemokratie hat schon vor Jahren die Bundesregierung gedrängt, auch mit der Sowjetunion Beziehungen aufzunehmen. Niemals hat sie, wie es so oft von Regierungsseite geschah, die Tatsache der Existenz der Sowjetunion als vierte Besatzungsmacht verschleierte. Allzu einseitig war das Gesicht der Bundesregierung nach Westengericht. Die Macht der Geographie und der geschichtlichen Tatsachen zwingt sie nun zu einer Revision ihrer Haltung, die, wäre sie früher eingetreten, wohl den Weg zur Überwindung der deutschen Spaltung erleichtert hätte.

Diplomatische Beziehungen zwischen Staaten sind an sich weder gut noch böse. Es kommt darauf an, was man daraus macht. Auch in der neuen Situation, die alle politischen Kräfte der Bundesrepublik vor neue Überlegungen stellt, wird die deutsche Sozialdemokratie ihre ganze Kraft, ihren Mut und ihre Einsicht auf die Überwindung des nun

durch den Botschafteraustausch zwischen Bonn und Moskau verhär-
teten Status quo richten. Niemals wird sie sich mit der Existenz
zweier deutscher Staaten abfinden. In den kommenden Auseinander-
setzungen über neue deutsche Initiativen wird es sich aber auch
erweisen, ob es möglich ist, die Grundlage für eine gemeinsame
Aussenpolitik zu finden. Für viele mag die künftige Anwesenheit
eines sowjetrussischen Botschafters in Bonn eine Endstation sein;
für die Sozialdemokratie aber ist sie kein Endzweck, sondern eine
Zwischenstufe. Die Normalisierung auch in der Epoche der Entspan-
nung bekommt erst dann ihren Sinn, wenn in einem einheitlichen
Deutschland ein Vertreter der Sowjetunion statt deren zwei in einem
gespaltenen Deutschland residiert.

+ + +

Vergessener Jahrestag

Am 15. September d.S.J. jährte sich zum zwanzigsten Mal der
Tag, an dem die Nürnberger Gesetze verkündet worden waren.

Das hierzu notwendige "Kommentar zur deutschen Rassegesetz-
gebung" schrieb damals Ministerialrat und Referent für "Staats-
angehörigkeitsfragen" im Innenministerium des Dritten Reiches
und jetziger Staatssekretär, Herr Globke. In diesem Kommentar
hiess es u.a.:

"Das rassistische Denken des Nationalsozialismus bedeutet fer-
ner eine Abkehr von dem liberalistischen Grundsatz von der
Gleichheit aller Menschen. Volk und Staat können nur ge-
deihen, wenn die besten Kräfte führen und wenn sie stark
genug sind, uns führen zu können und sich in der Führung
halten... Aus dem Rassegedanken folgt so zwangsläufig der
Führergedanke. Der völkische Staat muss also notwendig ein
Führerstaat sein ..."

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler